

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 6. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 4. November 2019
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 20:40 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 43 und 44 vom 24. und 31. Oktober 2019 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer:

Stadtratspräsidentin	Barbara Lüthi-Kohler
Stimmzähler	Franziska Cottier-Rupp, Werner Weber
Mitglieder des Stadtrates	Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Peter Biedermann, Tabea Bossard-Jenni, Georg Burkhard, Anna de Quervain, Urs Geiser, Thomas Gerber, Yves Greisler, Thomas Grimm, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Simon Kühni, Esther Liechti-Lanz, Marcel Meier, Adrian Merz, Michael Ritter, Andreas Rössler, Philipp Schärf, Anette Vogt, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Ian Thompson, Franziska Maurer Roschi, Manfred Schaffer, Peter Hauser, Karin Fankhauser, René Marti, Christian Aebersold, Sabrina Rohrbach-Ott, Jürg Grimm
Entschuldigt	Friedrich Gfeller, Andreas Stettler, Paul Krähenbühl, Peter von Arb
Stadtpräsident	Stefan Berger
Mitglieder des Gemeinderates	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Annette Wisler Albrecht, Christoph Grimm
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Roman Schenk
Auskunftsperson	Peter Hofer, Leiter Finanzdirektion
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 16. September 2019	3
- Informationen der Stadtratspräsidentin	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Budget 2020	4
- Dringliche überparteiliche Interpellation SP, SVP, BDP, FDP, EVP und Grüne betreffend Kindergarten-Standort Bucherareal	12
- Interpellation GLP-Fraktion betreffend Anwendung des Öffentlichkeitsprinzips für stadtnahe Unternehmen	13
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Urban Gardening in Burgdorf	13
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	13

Appell

Der durch die Stimmzählerin Cottier-Rupp Franziska durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 35 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadträtin Rohrbach Sabrina trifft im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2019-293 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 16. September 2019

Verhandlung

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt grossmehrheitlich das Protokoll der Stadtratssitzung vom 16. September 2019.

SRB: 2019-294 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen der Stadtratspräsidentin

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara begrüsst die Anwesenden zur sechsten Sitzung im Jahr 2019. Im Speziellen begrüsst sie als neues Stadratsmitglied Grimm Jürg und wünscht ihm viel Freude im Amt. Im weiteren begrüsst sie als Auskunftsperson Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion.

Die Vorsitzende informiert über die Demission von Stadtrat Ritter Michael und Stadträtin de Quervain Anna per 30. November 2019. Die Nachfolge von Ritter Michael tritt Hauser Damaris an und die Nachfolge von de Quervain Anna tritt Bangerter Walter an. Die Vorsitzende orientiert über die besuchten Veranstaltungen. Am 21. und 22. September 2019 fand in Burgdorf das Schweizerische Jugendmusikfest statt. Ein tolles Fest mit sehr vielen Jugendlichen aus allen Sprachregionen der Schweiz, die Burgdorf in eine Musikstadt verzauberten. Ein Jahreshighlight in Burgdorf. Ein grosses Merci an alle Ratsmitglieder, welche die Musikgruppen durch Burgdorf geführt haben. Am 17. Oktober 2019 fand die Eröffnung der Kulturnacht in der Spanischen Weinhalle statt. Einmal mehr wurde den Besuchern ein tolles Programm vorgelegt, das sehr viele Besucher und zwar nicht nur aus Burgdorf anlocken konnte. Ein Dank geht an alle, die in irgendeiner Form an diesem Anlass mitgemacht haben. Ein besonderer Dank geht an Kopše Dagmar, Kulturbeauftragte, die den Anlass koordiniert hat. Am 18. Oktober 2019 fand auf Einladung von Regierungstatthalterin Rindlisbacher Claudia das Herbsttreffen des Verwaltungskreises Emmental in Heimiswil statt. Die Einladung erfolgt jedes Jahr an die Exekutiven aller Gemeinden im Verwaltungskreis Emmental. Die Vorsitzende durfte zusammen mit Stadtpräsident Berger Stefan am Anlass teilnehmen. Als Referentin war Regierungsrätin Allemann Evi eingeladen. Sie erläuterte die Richtlinien der Regierungspolitik 2019 - 2022 mit dem Titel "Engagement 2030". Am 24. Oktober 2019 fand die Verleihung des Sozialpreises der Stadt Burgdorf im Hotel Stadthaus statt. Die Gewinner sind der Verein Pfadiheim Burgdorf und die reformierte Kirche Burgdorf für das Engagement der Freiwilligen in der Migrationsarbeit. Beiden Gewinnern herzliche Gratulation und weiterhin viel Freude an der Freiwilligenarbeit, die für eine funktionierende Gesellschaft etwas extrem wertvolles ist. Am 27. Oktober 2019 fand die HV und das Stiftungsfest der Verbindung Zäringia

Burgdorf im Hotel Stadthaus in Burgdorf statt. Die Vorsitzende durfte den anwesenden Herren ein Grusswort der Stadt Burgdorf überbringen. Die Verbindung steht durch den Wegzug vom Tech vor grossen Veränderungen. Am 28. Oktober 2019 fand die Informationsveranstaltung zum Budget 2020 statt. Ein Dank geht an die verantwortlichen Personen für das Organisieren des Anlasses. An dieser Stelle erwähnt die Vorsitzende, dass es doch wünschenswert wäre, wenn der SR vollzählig erscheinen würde. Im weiteren informiert die Vorsitzende, dass die nächste Stadtratssitzung am 9. Dezember 2019 stattfindet und voraussichtlich um 17.30 Uhr beginnt. Im Anschluss an die Sitzung findet das Weihnachtessen im K3 statt. Der Beginn der Sitzung muss auf der Traktandenliste beachtet werden. Die Einladung für das Weihnachtessen wurde bereits per Mail verschickt. Bitte die Anmeldefrist beachten und einhalten. Für die Auszahlung der Sitzungsgelder muss ein allfälliger Wechsel des Kontos bis Mitte Dezember an Henzi Brigitte mitgeteilt werden. Die Terminplanung 2020 wurde ebenfalls per Mail zugestellt. Bitte die Daten in der Agenda eintragen.

SRB: 2019-295 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10
Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Seitens des Gemeinderates (GR) erfolgen keine Informationen.

SRB: 2019-296 | Registratur-Nr. 7.70.7000.10
Budget 2020

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK an ihrer ordentlichen Sitzung vom 17. Oktober 2019 das Budget eingehend beraten hat. Als Auskunftspersonen waren Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice und Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, anwesend. Die GPK dankt für die Arbeit, welche für den Budgetprozess sowie die entsprechenden Dokumente geleistet wurde. Insbesondere der nochmals verbesserte Kompass ist bei der GPK sehr gut angekommen. Ebenfalls wurden die meisten der anlässlich der GPK-Sitzung noch vorgebrachten materiellen und redaktionellen Anpassungsvorschläge umgesetzt, was die Lesbarkeit der Dokumente nochmals erhöht hat. Es ist generell nicht Aufgabe der GPK, politisch zu beurteilen, sondern lediglich festzustellen. Was die Legislative respektive die gesetzgebende Instanz, also der SR, damit macht, ist deren Sache. Die Vorgabe, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen, wurde erfüllt. Allerdings kommt dies unter anderem auch mit optimistisch berechneten Steuereinnahmen zustande. Mehr dazu auf der Seite 6 im Kompass. Der tiefe Selbstfinanzierungsgrad und die damit verbundene Schuldenentwicklung ist nicht gut. Die Stadt Burgdorf kann Investitionen nicht aus dem Cashflow finanzieren. Weiter ist der Kanton nach wie vor kein zuverlässiger Partner mit schwankenden Abgaben und Verschiebungen von Aufgaben vom Kanton zu den Gemeinden. Auch der Aufgaben- und Finanzplan 2021 - 2023 ist unerfreulich, insbesondere wenn die zwar in den Jahren 2022 und 2023 leicht rückläufigen Schulden ins Verhältnis zu den Nettoinvestitionen gesetzt werden. Mehr dazu auf den Seiten 13 und 14 im Aufgaben- und Finanzplan. Zum budgetierten Selbstfinanzierungsgrad von 44.4% lässt sich sagen, dass das Ziel, über die gesamte Legislatur einen solchen von 50% zu erreichen, wie letztes Jahr bereits erwähnt, mutig scheint. Diese Kennzahl kann, wie zahlreiche andere auch, durch drei Massnahmen verbessert werden. Erstens durch Steigerung der laufenden Einnahmen, zweitens durch Senkung der laufenden Ausgaben und drittens durch Senkung der Nettoinvestitionen. Eine grundsätzlich legislativ-politische Aufgabe. Die GPK dankt nochmals allen Beteiligten für die seriöse Arbeit im Zusammenhang mit dem Budget 2020. Die GPK empfiehlt das Budget 2020 dem SR zur Annahme. Eine kleine Bitte. Davon ausgehend, dass die inhaltlichen Unterschiede in den Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen nicht allzu gross sind, wäre es schön, wenn wir nicht allzu viele Wiederholungen hören müssten. Merci.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice informiert über das Budget 2020. Über die Zahlen wurde bereits an der Informationsveranstaltung informiert. Die Zahlen sind nicht immer so erfreulich. Man muss davon ausgehen, dass die Stadtfinanzen nicht so in einer Schieflage sind wie man das manchmal darstellt. Die Zahlen sind nicht rosig, aber wir können doch Sachen selber tätigen und wir haben Lichtblicke. Der Gesamtumsatz beträgt 101 Mio. Franken. Im Moment rechnet man mit einem Ertragsüberschuss von rund Fr. 445'000.--. Das ist tiefer als man es im laufenden Jahr hat. Beim Budget möchte man Ende Jahr den Ertragsüberschuss in die Spezialfinanzierung Schulanlage und Verwaltungsgebäude einlegen. Es ist bekannt, dass in den nächsten 40 Jahren viel auf uns zukommt. Es ist zudem aussergewöhnlich, dass man jetzt bereits exakt evaluiert, was auf uns zukommt. Das ist auch eine Chance und nicht unbedingt ein Damoklesschwert. Im Gesamthaushalt sind Investitionen im Betrag von zirka 2.9 Mio. Franken ohne Neuverschuldung geplant. Burgdorf muss aber mehr finanzieren, rund 6 Mio. Franken, und das bedeutet, dass rund 3 Mio. Franken Neuverschuldung ausgewiesen wird. Die Schulden betragen dann 115 Mio. Franken. Diese Zahl wurde bereits viel kritisiert, trotzdem wird sie erwähnt, weil die Zahl in den Legislaturzielen als Parameter aufgeführt ist. Dort steht, dass wir in den Legislaturzielen nicht wieder eine Nettoschuld pro Einwohner von Fr. 1'300.-- haben wollen. Im Moment beträgt diese Zahl Fr. 1'205.--. Man ist immer noch im Fahrplan wie geplant. Das bedeutet auch, dass man nicht völlig neben dem Kurs, wie vom GR eingefädelt, budgetiert hat. Es werden nicht alle Zahlen kommentiert, weil an der Informationsveranstaltung die Zahlen ausgiebig kommentiert wurden. Die Personalkosten erfahren eine Zunahme von 0.8 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2019. Der Sach- und Betriebsaufwand fällt um ungefähr 0.5 Mio. Franken höher aus als im Budget 2019. Beim Verwaltungsvermögen werden Abschreibungen im Betrag von 3.6 Mio. Franken anfallen. Die Kantonsabgaben betragen rund 55.7 Mio. Franken, also mehr als die Hälfte des gesamten Budgets. Diese Zahlen sind schwierig ins Budget einzufädeln, weil die Zahlen vom Kanton sehr spät vorliegen. Gewisse Parameter sind zu diesem Zeitpunkt bereits bestimmt. Erfreulich ist, dass mit der Zunahme der Bevölkerung mit mehr Steuereinnahmen gerechnet werden kann. Der Selbstfinanzierungsgrad wurde in den Legislaturzielen mit 50% definiert. Im Budget 2020 beträgt der Selbstfinanzierungsgrad 42.2%. Man ist sich bewusst, dass 50% nicht gerade grossartig ist, aber dafür realistisch. Bei den Schulden von 115 Mio. Franken kann angemerkt werden, dass man immer noch Geld bei der Localnet hat. Mit der Localnet konnte vereinbart werden, dass die 20 Mio. Franken Tranchenweise zurückbezahlt werden. Die Schulden können so ein bisschen eliminiert werden. Im Finanzplan ist ersichtlich, dass die Spitze der Schulden noch nicht ganz erreicht ist, aber man wird sich wieder herunter kämpfen. Bei den Steuern ist noch offen, wie es mit der Neubewertung der Liegenschaften aussieht. Der Median von heute 60% wird neu zwischen 70 und 77% betragen. Das ist aber im Moment noch unklar. Es wird aber Mehreinnahmen geben. Die finanzielle Situation hat sich zum Vorjahr leicht verschlechtert. Hingegen kann vermeldet werden, dass im Spezialfonds Schulanlagen und Verwaltungsgebäude bereits 6.9 Mio. Franken eingelegt sind. Das ist Geld, das wir reserviert haben. Die 20 Mio. Franken der Localnet wurden bereits erwähnt. Man hofft natürlich, dass man den Selbstfinanzierungsgrad bereits im nächsten Jahr auf 50% bringt. Der GR ist nach wie vor wirklich bedacht, umsichtig mit dem Geld, das uns zur Verfügung steht, umzugehen. Die ganze Verwaltung geht umsichtig mit den Finanzen um. Keine Direktion lebt in Saus und Braus. Burgdorf darf sich nicht nur vom Geld erdrücken lassen, sondern man muss auch etwas tun, damit die Bevölkerung gerne hier lebt. Auch die Bereiche Kultur und Sport sind Aufgaben der Stadt. Man kann nicht einfach auf die Bremse stehen und sagen, man vermag es nicht mehr. Auf der anderen Seite können wir auch nicht auf die Bremse drücken und nicht mehr zu den Liegenschaften oder dem Tiefbau Sorge tragen. Auch das wären grosse Schulden, die wir unseren Kindern und Grosskindern hinterlassen. Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice hofft, dass man gemeinsam das Finanzschiff gut steuert.

Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara informiert über den Ablauf. Zuerst erfolgt die Grundsatzdebatte und im Anschluss die Detailberatung. Bei der Detailberatung soll jeweils die entsprechende Seitenzahl erwähnt werden. Die GLP-Fraktion hat eine Parlamentserklärung in Bezug auf Artikel 26e der Stadtratsreglements eingereicht. Über die Parlamentserklärung wird im Anschluss der Budgetabstimmung abgestimmt.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, dankt für die umfassende Einblicke und transparente Darstellungen der Finanzlage der Stadt Burgdorf, insbesondere für das Budget 2020. In der Stadtratsvorlage des GR steht im Fazit, dass es auch in Zukunft finanzielle Anstrengungen braucht um

das Haushaltsgleichgewicht einzuhalten. In der Berner Zeitung BZ vom 29. Oktober 2019 wird Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, zitiert, dass es dank grossen Anstrengungen gelingt, die Vorgaben des SR zu erfüllen. Die FDP-Fraktion stellt sich jedoch die Frage, von welchen Anstrengungen überhaupt die Rede ist. Der Sparwille ist in keinem Satz in all den vielfältigen Unterlagen erwähnt. Im Gegenteil, die Personalkosten steigen munter weiter, die 2% Lohnerhöhung ist eine Selbstverständlichkeit und auf die 0.5% hätte man verzichten können. Gemäss Zitat in der Berner Zeitung BZ machen diese 0.5% nur Fr. 100'000.-- aus und das sei nicht ausschlaggebend. Das ist eine unsensible Aussage. Aufgrund des Pensionskassenwechsels werden Abfederungsmassnahmen an die Pensionäre finanziert in einer sehr bedenklichen Selbstverständlichkeit. Weder die Arbeitnehmer noch die grossen Arbeitgeber wie Localnet, Aebi und Ypsomed können sich eine solche grosszügige Vorsorgeleistung, wie es die Stadt Burgdorf nach wie vor hat, leisten. Tatsache ist doch, dass der Schuldenberg wächst, das operative Ergebnis sich massiv verschlechtert und die geplanten Nettoinvestitionen nicht aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Wie erklären sich also die finanziellen Anstrengungen? Heute wie auch in weiteren Jahren bedient man sich mit finanz-politischen Rücklagen und Darlehen, um die Vorgaben des Haushaltes zu erreichen. Als Beispiel sind die Darlehensrückzahlungen innerhalb von zwei Jahren mit 5 Mio. Franken der Localnet erwähnt. Dies dämpft die Schuldenlast markant ein. Im Jahr 2024 ist noch die Substanzdividende der Localnet geplant, welche sogar erfolgswirksam in der städtischen Buchhaltung zu Buche schlägt. Im Jahr 2021 spricht man davon, die Reserven der zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 634'000.-- aufzulösen. Wenn die optimistische Budgetierung der Steuererträge eintrifft, hat man noch eine Spezialfinanzierung als Steuerausgleich. Das ist alles legitim. Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, und sein Team haben sicher noch mehr Bilanzspielraum als wir heute abgebildet bekommen haben. Gottlob ist es so, trotzdem kann die Nettoschuld pro Einwohner von Fr. 1'300.-- kaum eingehalten werden. Es ist unsäglich, dass man in den Unterlagen lesen kann, dass eine Nettoschuld von Fr. 2'500.-- in Ordnung sei. Dabei sagt Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, in der D'Region vom 4. Juni 2019, dass es bis Fr. 2'000.-- einigermassen vernünftig sei. Die Stadt Burgdorf gehört von den 351 Gemeinden wohl zu den 30 schlechtesten in Sachen dieser Kennzahl. Es geht der FDP-Fraktion nicht darum, die Investitionen abzuwürgen, sondern die Kosten zu senken. Man soll nicht nur auf den Wachstum der Steuererträge setzen, weil es eine gefährliche Strategie ist. Wo findet man die Angaben zum Sparwillen? Das ist die Grundhaltung unserer verantwortlichen Gemeinderätin. Sie hat schon bei anderen Gelegenheiten erklärt, dass man bei den übrig gebliebenen 50% beeinflussbaren Kosten nicht sparen kann. Deshalb bleibt das Sparschwein immer leer. Das ist eine bedenkliche Grundhaltung und wird von der FDP-Fraktion nicht mehr akzeptiert. Hinschauen ist unbequem, Massnahmen durchsetzen tut weh und dabei macht man sich nicht beliebt. Übrigens, in der Privatwirtschaft macht das auch keinen Spass. Die FDP-Fraktion ist grundsätzlich enttäuscht, dass der GR die Grundhaltung mitträgt. Deshalb möchte die FDP-Fraktion ein Zeichen setzen und die Anträge 2 und 3 des GR ablehnen. Die FDP-Fraktion wird heute Abend zusammen mit der GLP- und SVP-Fraktion eine Motion betreffend Einführung einer Finanzkommission einreichen, um die Einflussnahme und Verantwortlichkeit des SR wieder zu stärken.

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, dankt den Verfassern für das Budget 2020 sowie für den Aufgaben- und Finanzplan. Sehr informativ war auch die Informationsveranstaltung von letztem Montag. Man hat gesehen, dass es klare Vorgaben und grosse Erfahrung braucht, um die Zahlen aus den verschiedenen Bereichen auch zu aussagekräftigen Daten kompakt im Budget zusammenzuführen. Inhaltlich entspricht das Budget den Vorgaben und weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Die allgemeinen Aussagen sind nahezu identisch zu den Vorjahren. Das operative Ergebnis ist negativ. Der Gewinn ist nur durch den ausserordentlichen Ertrag zustande gekommen. Die Nettoinvestitionen können nicht aus den eigenen Mittel finanziert werden, so dass die Schuldenlast weiter ansteigt. Das heisst, die finanzielle Situation verschlechtert sich. Auf die Aufzählung von Details wird verzichtet, weil die Gründe bereits vom Vorredner erwähnt wurden. Ein Punkt wird trotzdem noch speziell erwähnt, nämlich das Haushaltsgleichgewicht, das in Zukunft beibehalten werden soll. Das braucht gemäss GR besondere Anstrengungen. Deshalb ist es für die BDP-Fraktion auch unverständlich, dass eine Lohnsummenerhöhung von 2% beschlossen wurde. Reglementarisch wären auch 1.5% möglich gewesen. Gemäss Aussagen von Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, fallen die 0.5% der rund Fr. 100'000.-- kaum ins Gewicht. Das ist sicher kurzfristig betrachtet richtig. Das Problem liegt aber im zeitlichen Verlauf. Wären in den letzten zehn Jahren 0.5% weniger Lohnsummerhöhung gewährt worden, könnte der Aufwand heute theoretisch im Budget um rund 1 Mio. Franken geringer sein. Zudem ist der schweizerische Lohnindex bei der öffentlichen Verwaltung von 2011 bis 2018 um 3.7%

angestiegen. Dem gegenüber hat die Lohnsumme der Stadtverwaltung Burgdorf im gleichen Zeitraum bei den jährlichen 1.5% um ganze 11% zugelegt. Die BDP-Fraktion fordert deshalb die Verantwortlichen der Finanzdirektion auf, auch bei offenbar kleinen Ausgaben genau hinzuschauen und in allen Bereichen haushälterisch mit den Steuergeldern umzugehen. Die BDP-Fraktion wird trotzdem die Anträge des GR annehmen.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass die Stadtverwaltung inhaltlich ziemlich solid aufgestellt ist und gute Dienstleistungen erbringt. Was wir aber jetzt diskutieren, ist etwas anderes. Das Budget 2020 sieht nicht so schlecht aus. Gewisse Kennzahlen sind nicht so, wie man sie vorgesehen hat, aber es liegt ein ausgeglichenes Budget vor. Ein ausgeglichenes Budget wird vom SR, der Legislative, verlangt. Längerfristig sieht es aber nicht so rosig aus. Man sollte sich vermehrt auch auf das fokussieren und nicht nur auf den Moment. Das ist man der zukünftigen Generation schuldig. Steigende Steuern können ausbleiben. Die Wachstumsstrategie bei den Einwohnern könnte nicht so laufen wie man es will. Das Kosten- und Ertragswachstum kann sich negativ entwickeln. Vor allem kommen noch Investitionen im Schul- und Verwaltungsbereich in der nächsten Dekade auf uns zu. Dass diese in der mittel- und langfristigen Planung eher nicht berücksichtigt sind, ist fahrlässig. Man spricht nicht von steigenden Kapitalzinsen, das ist momentan eher nicht absehbar. Grundsätzlich kann man zusammenfassen, dass es zu viele best case Rechnungen sind, statt mehr worst case Risikopuffer. Deshalb ist die GLP-Fraktion der Meinung, dass alle Parteien auf verschiedenen Ebenen übergreifend aktiv werden müssen. Die Finanzen von Burgdorf muss man längerfristig wieder in ein besseres Licht bringen. Grundsätzlich bringt es nichts, wenn man sehr gute Dienstleistungen erbringt und die Einwohner wegrennen, und man sogar Mitarbeitenden kündigen muss. Das Ganze ist auch keine Frage von links oder rechts, sondern mehr bezüglich Verantwortung gegenüber der nächsten Generation. Deshalb wird die GLP-Fraktion gewisse Vorstösse einreichen wie auch eine Parlamentserklärung. Die GLP-Fraktion wird zudem Vorstösse von anderen Parteien unterstützen. Es bringt jedoch nichts, das Budget abzulehnen, das ist nicht zielführend. Die GLP-Fraktion wird deshalb dem Budget 2020 zustimmen.

Parlamentserklärung GLP-Fraktion

Fürs Budgetjahr 2021 soll der Gemeinderat einen Voranschlag mit einer Zunahme der städtischen Personalkosten von maximal 1 Prozent, zuzüglich einer allfälligen Teuerung, vorlegen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, dankt für das Budget 2020. Die SP-Fraktion hat es im Detail besprochen. Besonders der Kompass ist eine grosse Hilfestellung, wie auch die Informationsveranstaltung. Das Budget 2020 verzeichnet nach der Einlage in die Spezialfinanzierung einen Ertragsüberschuss von rund Fr. 290'000.--. Damit wird wiederum unsere Vorgabe eines ausgeglichenen Budgets seitens GR erfüllt. Die SP-Fraktion hat sich die Frage gestellt, warum der Personalaufwand um rund Fr. 700'000.-- gestiegen ist. In den vergangenen Jahren hat man immer damit argumentiert, dass zukünftig erfahrenes Personal pensioniert wird und somit hätte man eigentlich Kosten einsparen sollen. Dies war der erste Gedanke. Wenn man aber schaut, dass man neue Stellen geschaffen hat, einen Digital Officer und einen Schulinformatiker, die je mit einem Jahreslohn von zirka Fr. 160'000.-- eingerechnet werden, und die Abfederungsmassnahmen der PK, die gemäss Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, Fr. 150'000.-- betragen, sowie die Lohnmassnahmen von 2%, dann sieht es nüchtern betrachtet ganz anders aus. Wir sprechen über einen Betrag von Fr. 700'000.-- bei einem Gesamthaushalt von 111 Mio. Franken. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass es ein Tropfen auf den heissen Stein ist. Im Grossen und Ganzen lässt sich sagen, dass Symbolpolitik nicht zulasten vom Verwaltungspersonal betrieben werden soll. Die SP-Fraktion ist sich bewusst, dass die Lohnmassnahmen von 2% zu reden geben und man hat auch darüber diskutiert, aber das System des Leistungslohns gilt. Ein Leistungslohnsystem funktioniert nur, wenn man gewisse Anreize schafft. Der SR hat die Möglichkeit, per Aufträge das System zu ändern und man ist sich bewusst, dass solche Aufträge während dem Jahr sinnvoll sein können, aber nicht in die Budgetdebatte gehört. Es ist sehr einfach, wenn man dem GR die Schuld zuschiebt. Der SR spricht ebenfalls Gelder und tätigt Investitionen. Man sollte sich auch selber an der eigenen Nase nehmen. Die SP-Fraktion wird im nächsten Jahr genau hinschauen, wer für was welche Gelder spricht. Der GR hat alle Vorgaben eingehalten und die Zahlen zeigen eine verbesserte Tendenz. Die SP-Fraktion wird dem Antrag des GR zustimmen.

Stadtrat Meier Marcel, namens der SVP-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die gute Arbeit bei der Erstellung des Budgets 2020. Die Informationsveranstaltung zum Budget ist eine sehr gute Sache. Die SVP-Fraktion ist alles andere als glücklich über das Budget 2020, vor allem über die Aussichten der Entwicklung der Finanzlage. Die zentralen Punkte, die der SVP-Fraktion Sorgen bereiten, wurden zum Teil bereits angesprochen. Für die SVP-Fraktion ist einerseits der ausgewiesene Überschuss ein trügerischer, weil er nicht aus dem operativen Ergebnis resultiert. Dieses beträgt fast minus 1.1 Mio. Franken. Das ist ein Problem, wenn man die finanziellen Probleme in Burgdorf ins Lot bringen will. Das operative Ergebnis muss mindestens ausgeglichen sein. Wenn man die Schuldenlage anschaut, müsste dies eigentlich positiv sein. Die laufenden Ausgaben wachsen und wachsen. Der GR und die Verwaltung verweisen zurecht, dass dieses Wachstum zum gewichtigen Teil nicht beeinflusst werden kann, weil es die Kantonsausgaben betrifft und diese stetig ansteigen. Aus diesem Grund müsste die Stadt Burgdorf umso mehr bemüht sein, die Kosten dort zu optimieren und senken, wo Einflussmöglichkeiten bestehen. Nach Auffassung der SVP-Fraktion muss man kurz- und mittelfristig die Strukturen und Aufgaben der städtischen öffentlichen Verwaltung konsequent und vertieft wieder überprüfen. Der Investitionsbedarf ist in den kommenden Jahren erheblich. Der Schuldenberg, der sich antürmt, und die Neuverschuldung machen der SVP-Fraktion Sorgen, insbesondere wenn die Zinsen auch einmal steigen sollten. Die Steuereinnahmen wurden sehr optimistisch prognostiziert. Zwar haben sich die Prognosen der Mehreinnahmen in den letzten Jahren tatsächlich bewahrheitet. Wenn es jedoch einmal wirtschaftlich bergab geht und die guten Steuerzahler ausbleiben oder weggehen, was passiert dann? Man muss sich bewusst sein, dass die optimistische Einnahmeproggnose auch ein Risikofaktor darstellt. Burgdorf kann sich für eine Lösung von den finanziellen Herausforderungen nicht auf die steigenden Steuereinnahmen verlassen. Wie erreichen wir, dass die Finanzen auf längere Sicht wieder ins Lot kommen. Was kann der SR oder die SVP-Fraktion machen? Bei der Budgetdebatte hat sich die SVP-Fraktion diese Frage gestellt. Das einfachste und radikalste wäre das Budget abzulehnen wie es die FDP-Fraktion vorschlägt. Abgesehen davon, hat man in der aktuellen Zusammensetzung im SR wenig Chance auf Erfolg. Zudem wäre es nicht zielführend und konstruktiv. Deshalb wird die SVP-Fraktion dem Budget ohne Begeisterung und Widerwillen zustimmen. Es ist klar, dass wir im Parlament dringend und umfangreich handeln müssen. In Zukunft wird man noch stärker als bisher alle Vorlagen und Ausgaben kritisch hinterfragen und im Zweifelsfall ablehnen. Es hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt, und zeigt sich auch im vorliegenden Budget, dass der GR nicht willens oder nicht in der Lage ist, die Ausgaben im nötigen Umfang zu reduzieren. Die SVP-Fraktion wird sich auch strukturelle Massnahmen überlegen und ins Auge fassen. Bei unserer Stadtkasse ist es bereits fünf vor Zwölf. Nötiger als die Klimaforce hat Burgdorf eine Finanzforce. Warum also keine Finanzkommission einführen wie es die FDP-Fraktion heute vorschlägt? Das Parlament könnte mit der Finanzkommission direkt im Budgetprozess Einfluss nehmen. Diese Idee verdient eine vertiefte Prüfung. Denkbar wäre auch eine Schuldenbremse. Das operative Ergebnis muss ausgeglichen sein. Die ewige Lohndiskussion ist noch nicht zu Ende geführt. Vor etlichen Jahren hat alt Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth bei der Budgetdebatte gesagt, dass es aufhören muss, in der Budgetdebatte über Löhne zu diskutieren. Eigentlich kann man dieser Aussage zustimmen, aber bei den vorgesehenen Lohnmassnahmen muss man sich fragen, ob der GR dem SR in den letzten Jahren nicht zugehört hat oder sich bewusst um die alljährlich ausgesprochene Ermahnungen des SR foutiert. An der Infoveranstaltung wurde gesagt, dass der GR bezüglich Personalkostenentwicklung mit einem Projekt kommen wird. Die SVP-Fraktion begrüsst dies sehr und dankt dem GR, dass er etwas verändern möchte und man freut sich auf die Präsentation der Massnahmen. Hoffentlich können wir dann den Wunsch von alt Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth erfüllen und müssen wirklich nicht mehr über die Lohnkosten diskutieren. Es wird heute beantragt, das Budget abzulehnen. Seitens der SP-Fraktion hat man gehört, dass eine Symbolpolitik nicht richtig ist. Die SVP-Fraktion findet aber durchaus auch, dass man ein Zeichen setzen muss und der SR gewillt ist, das Ruder ein bisschen herum zu reissen. Die SVP-Fraktion beantragt deshalb, den Lohnwachstum auf 1.5% zu begrenzen. Somit hätte man einen Kompromiss zwischen den extremen Polen. Die SVP-Fraktion wird zudem parlamentarische Vorstösse prüfen, um die Kosten im nächsten Jahr zu senken. Es ist jedoch klar, dass es eine Steuererhöhung mittel- oder langfristig nicht geben darf, um die Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit beizubehalten. Die Ausgaben müssen sinken und wir sind alle gefordert.

Antrag SVP-Fraktion

Ziffer 2: "Das Budget 2020 wird **mit Lohnmassnahmen von 1.5 Prozent** genehmigt, bestehend aus ..."

Stadträtin de Quervain Anna, namens der Grünen-Fraktion, dankt allen Beteiligten für die Ausarbeitung des Budget 2020 und für die informative Informationsveranstaltung vom letzten Montag. Die Grünen-Fraktion wird den Anträgen des GR zustimmen. Die finanzielle Situation von Burgdorf ist nicht dramatisch, aber auch nicht besonders erfreulich. An der Informationsveranstaltung haben wir gehört, worin die grössten Abweichungen in beiden Richtungen bestehen. Es gibt jedoch zwei Punkte, die ergänzenden zum bereits Gesagten noch angebracht werden. Ein Punkt betrifft die jährliche Diskussion zum Anstieg der Löhne der städtischen Mitarbeitenden. Die Grünen-Fraktion vertritt die Meinung, dass die Diskussion zwar geführt werden soll, aber nicht bei der Budgetdebatte, sondern unter dem Jahr als separates Traktandum und zwar dort, wo es hingehört im Personalreglement. Der zweite Punkt ist eine Ausführung des GR. Auf der Seite 30 im Budgetbuch steht, dass für das Projekt Burgdorf digital Fr. 300'000.-- eingerechnet werden. Der sogenannte Digital Officer kostet gemäss den Zahlen Fr. 160'000.--. Die Grünen-Fraktion möchte aus Interesse am Projekt genauer wissen, welche weiteren Bestandteile zu diesem Budgetposten gehören.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, dankt für das Erstellen des Budgets und insbesondere für den Kompass. Auch der EVP stösst die Zunahme der Personalkosten sauer auf. Wenn man in der Firma ein negativer operativer Cashflow hat und nachher eine Kapitalerhöhung macht und dann einen positiven Cashflow hätte, könnte man dem Personal die Löhne auch nicht erhöhen. Man will aber heute Abend nicht Pflasterlipolitik betreiben. Das Budget heute abzulehnen, macht wenig Sinn. Die EVP wird dem Budget zustimmen. Gleichzeitig wird Stadträtin Bossard-Jenni Tabea persönlich die Parlamentserklärung der GLP-Fraktion unterstützen.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice möchte zu den Voten Stellung beziehen und informiert über die Lohntransparenz. Die Lohnmassnahmen sind seit der ersten Informationsveranstaltung bekannt gewesen. Der GR hat die 1.5% plus 0.5% beschlossen. Es wäre nicht nötig, dies jetzt bei der Budgetdebatte zu erwähnen. Es ist klar, dass die Dienstleistungen etwas kosten. Die Steuerprognosen wurden ebenfalls erwähnt. Burgdorf hat vor allem natürliche Steuerzahler. Burgdorf ist nicht mit vielen grossen Steuerzahler beschenkt. Deshalb hätte man auch keinen markanten Rücklauf zu befürchten. Burgdorf hat viele kleine und fleissige Steuerzahler. Burgdorf hat nicht so viele juristische Steuerzahler, die zu grösseren Schwankungen führen könnten. Es wurde erwähnt, dass die Investitionen der nächsten Jahre nicht berücksichtigt sind. Die Investitionen können nicht berücksichtigt werden, weil bis jetzt keine exakten Zahlen bekannt sind. Gemeinderatsgeschäfte, die finanzielle Auswirkungen haben, wurden vom SR in diesem Jahr immer genehmigt. Die Frage von Stadträtin de Quervain Anna muss die Präsidialdirektion beantworten.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, möchte die Wichtigkeit betonen, dass der SR hauptsächlich Gelder spricht. Die 0.5% die gefordert werden, sind kleinlich. Wenn man den Betrag auf den gesamten Personalaufwand ausrechnet, ergibt das Fr. 126'000.--. Auf das Gesamtbudget sind das 0.11%. Der Digital Officer, dem der gesamte SR zugestimmt hat, kostet Fr. 160'000.-- pro Jahr. Genau das war die Meinung, als im Votum gesagt wurde, dass man sich an der eigenen Nase nehmen muss. Es ist unfair dem Verwaltungspersonal gegenüber solche lohnpolitische Massnahmen in der Budgetdebatte als Symbolpolitik zu führen.

In der D e t a i l b e r a t u n g werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan informiert, dass es sich beim Digital Officer zum Teil um externe und interne Kosten handelt. Mit diesem Projekt will man überprüfen, wie stark man innerhalb der Verwaltung digitalisieren und wie man Prozesse optimieren kann, damit Einsparungen gemacht werden können. Das ist der Auftrag des GR, den man gemäss Voten nicht wahrnimmt. Der Digital Officer überprüft, wie die internen Prozesse organisiert sind und wie man diese digitalisieren könnte. Mit diesem Projekt steht man heute erst am Anfang. Ein Ziel dieses Projektes sollen Einsparungen sein. Der GR will die Verantwortung wahrnehmen. Die Prozesse innerhalb der Verwaltung werden überprüft und optimiert.

Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara teilt mit, dass zuerst über den Abänderungsantrag und im Anschluss über die Ziffern 1 bis 3 einzeln abgestimmt wird

Abstimmung

Antrag SVP-Fraktion

Ziffer 2: "Das Budget 2020 wird **mit Lohnmassnahmen von 1.5 Prozent** genehmigt, bestehend aus ..."

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 18 Ja und 17 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung dem Antrag zu.

Ziffer 1

1. Im Jahr 2020 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:

- a) auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1.63fache (unverändert) der gesetzlichen Einheitsansätze;
- b) eine Liegenschaftssteuer von 1.0 Promille (unverändert) des amtlichen Wertes.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Ziffer 1.

Ziffer 2

2. Das Budget 2020 wird mit Lohnmassnahmen von 1.5 Prozent genehmigt, bestehend aus:

	Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	CHF 111'607'557.98	CHF 111'898'857.99
Ertragsüberschuss	CHF 291'300.01	
Allgemeiner Haushalt	CHF 104'944'141.99	CHF 104'944'141.99
Ertragsüberschuss	CHF 0.00	
SF Abwasserentsorgung	CHF 3'359'155.79	CHF 3'713'366.00
Ertragsüberschuss	CHF 354'210.21	
SF Abfallentsorgung	CHF 2'043'924.31	CHF 2'123'400.00
Ertragsüberschuss	CHF 79'475.69	
SF Feuerwehr	CHF 1'260'335.89	CHF 1'117'950.00
Aufwandüberschuss		CHF 142'385.89

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 25 Ja Stimmen bei 11 Enthaltungen die Ziffer 2.

Ziffer 3

3. Die Saldi der Erfolgsrechnung 2020 der nachfolgend genannten Organisationseinheiten und Produktgruppen (Deckungsbeitrag 5) werden genehmigt (Art. 10 Abs. 3 NPMR):

PräD:	PG 10, 11, 13 und 14
BauD:	PG 20, 21, 22, 23 und 24
ESiD:	PG 32, 33, 34, 35, 36 und 37
BilD:	PG 50, 51 und 52
SozD:	PG 60, 61, 62 und 63
FinD:	PG 70

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 32 Ja Stimmen bei 4 Enthaltungen die Ziffer 3.

Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara teilt mit, dass nun über die Parlamentserklärung der GLP-Fraktion abgestimmt werden muss.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass aufgrund der Kürzung der Lohnmassnahmen auf 1.5% die Einlage in die Spezialfinanzierung um 0.5% geringer ausfällt. Der GR lehnt die Parlamentserklärung der

GLP-Fraktion ab. Warum lehnt der GR die Parlamentserklärung ab? In der Parlamentserklärung steht, dass der Voranschlag 2021 dem SR mit einer Zunahme der städtischen Personalkosten von maximal 1% vorgelegt werden soll. Das bedeutet, wenn es aufgrund der Entwicklung in gewissen Bereichen zusätzliche Stellen benötigt, fallen diese unter die 1%. Unter Umständen bleiben gar keine Prozente übrig für irgendwelche Lohnmassnahmen. Das Projekt Lohnmassnahmen wurde aufgegleist und die GPK entsprechend im Mai orientiert. Das Projekt wurde bereits früh gestartet, hat aber gewisse Verzögerungen erfahren. Stadtpräsident Berger Stefan informiert über das Lohnsystem der Stadt Burgdorf. Es ist ein ABAKABA Leistungslohnsystem gemäss Artikel 13a und 14 des Personalreglements und wird seit 2003 angewendet. Das System basiert auf einem Erfahrungsanteil von 15%. Man arbeitet in einem Lohnband von 100 bis 160%, aufgeteilt auf 15% Erfahrungsanteil, 0.5% während 30 Jahren. Der Leistungsanteil beträgt maximal 45%, den man, wenn man sehr gut arbeitet innert zirka 15 Jahren erreicht. Ein Gutachten der Uni Bern hat im Jahr 2012 bestätigt, dass es ein gutes Lohnsystem ist. Die MAG sind aufgrund von fehlenden Mitteln nicht wirksam. Das System erfordert ausreichende Mittel. Anhand einer Grafik wird die Lohnentwicklung mit Erfahrung und Leistung aufgezeigt. Es braucht genügend Mittel, ansonsten verdient das Modell seinen Namen nicht. Auslöser war die Debatte zum Budget 2016. Der GR hat schon damals gesagt, dass das Lohnsystem mindestens 1.5% verlangt. Die damalige Senkung auf 1% wurde rückgängig gemacht. Mit der GPK hat man im Jahr 2016 nach einer Lösung gesucht, aber das Vorgehen wurde wieder abgebrochen. Es hat zwischenzeitlich verschiedene Intermezzo gegeben. Einerseits hält sich die GPK für nicht zuständig, um die Diskussion zu führen. Zudem hat ein Wechsel der PRE zur SHP per 1. Januar 2019 stattgefunden. Im weiteren hat ein Wechsel bei der Leitung Personal stattgefunden. Aus diesen Gründen hat man mit dem Projekt gewartet. Ein neuer Anlauf ist geplant, das wusste die GPK. Die Stadt Burgdorf hat die Anstellungsbedingungen im Benchmark überprüft. Es ist eine Personalbefragung geplant und die Mitarbeitergespräche werden angepasst. Für die Sicherung des Leistungslohnsystems braucht es ausreichende Mittel. Zusammen mit dem GR, der Paritätischen Kommission Personal und einer Spezialkommission soll das erreicht werden. Gemäss Artikel 14 Absatz 3 des Personalreglements wird der GR immer zuständig sein. Mit der Paritätischen Kommission Personal und der Spezialkommission wird eine Arbeitsgruppe geschaffen. Der GR gibt den Auftrag an die Paritätische Kommission Personal mit einem Experten das System anzuschauen. Seitens des SR wird von jeder Partei eine Vertretung Einsitz nehmen. An einer Kickoff-Sitzung werden die Grundlagen erarbeitet. Die Paritätische Kommission Personal wird die Massnahmen mit der Spezialkommission beraten und diskutieren. Vielleicht braucht es verschiedene Runden. Die Paritätische Kommission Personal wird dann Anträge an den GR stellen. Der GR wird die Anträge diskutieren. Im Anschluss werden die Anträge der GPK und dem SR zur Beschlussfassung vorgelegt. In der nächsten Budgetdebatte sollen die Zahlen fixiert sein. Geplant ist das Projekt für das erste Halbjahr 2020. Beim Benchmark wurden 147 Fragen zu den Anstellungsbedingungen an 13 Teilnehmenden verschickt wie zum Beispiel an den Kanton und an verschiedene grössere und kleinere Gemeinden. Burgdorf bietet weitgehend vergleichbare Anstellungsbedingungen mit einzelnen Abweichungen nach oben und unten. Punktuelle Korrekturen auf Stufe Verordnung reichen aus. Eine umfassende Revision der Anstellungsbedingungen ist im Moment nicht gerechtfertigt. Mit diesen Massnahmen wird man zum Ziel kommen, wo wir mit unserem Personal stehen und welche Anpassungen nötig sind. Mit diesem Projekt wird eine Grundlage geschaffen, um das fehlende Vertrauen des SR in den GR zu fördern. Seitens der Ausgabenseite ist auch der SR gefordert. Jede neue Investition wird irgendwann Abschreibungen auslösen. Im Vergleich von Budget zur Rechnung 2018 werden knapp 1 Mio. Franken mehr abgeschrieben. Diese Zahl müsste auch einmal bei der Budgetdiskussion angeschaut werden. Der Unterhalt ist wichtig und deshalb werden jedes Jahr Fr. 100'000.-- mehr eingelegt in den Unterhalt der städtischen Liegenschaften. Man könnte diesen Betrag auch streichen, aber das ist nicht sinnvoll. Der GR versucht seine Arbeit richtig zu machen. Der GR bittet den SR die Parlamentserklärung aus den genannten Gründen abzulehnen. Es ist der falsche Weg und die geplanten Arbeiten müsste man nicht mehr machen.

Abstimmung

Parlamentserklärung GLP-Fraktion

Fürs Budgetjahr 2021 soll der Gemeinderat einen Voranschlag mit einer Zunahme der städtischen Personalkosten von maximal 1 Prozent, zuzüglich einer allfälligen Teuerung, vorlegen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 20 Ja und 16 Nein Stimmen der Parlamentserklärung zu.

Stadtpräsident Berger Stefan möchte wissen, nachdem die Parlamentserklärung überwiesen wurde, ob das gemeinsame Projekt gestartet werden soll. Macht es Sinn den Aufwand zu leisten?

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass sich die Parlamentserklärung auf das Budget 2021 bezieht. Man hat bewusst darauf verzichtet, etwas Langfristiges zu machen. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass es sinnvoll ist. Es braucht ein gewisses Zeichen und die Parlamentserklärung ist eine Willenskundgebung des SR. Das ist nicht im Widerspruch zur geplanten Übung. Die Arbeit soll genau gleich weitergeführt werden. Es wäre wünschenswert, wenn solche Informationen, die sehr begrüßenswert und wichtig sind, an der Informationsveranstaltung gemacht werden. Für den GR sollte der Widerstand zum Budget 2020 nicht eine Überraschung sein. Es ist wichtig, dass man nach der Einreichung konsequent bleibt und den eingeschlagenen Weg weitergeht.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass an der Informationsveranstaltung Zwahlen Sibylle, Vize-Stadtschreiberin, über das geplante Vorgehen und Projekt bezüglich der Lohnmassnahmen informiert hat. Im weiteren ist Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice überrascht, dass keine Detailberatung erfolgt ist.

Stadtratspräsidentin Lühti-Kohler Barbara teilt mit, dass in der Detailberatung das Wort nicht gewünscht wurde.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass man es in der GPK nicht besprochen hat, aber man ist klar der Meinung, dass der Prozess weitergeführt werden muss. Der Zeitplan sieht das erste Halbjahr 2020 vor. Man geht davon aus, dass mit der Annahme des Auftrages die Diskussion für das Budget 2021 erledigt ist. Also ist die Gefahr, dass von hüten bis drüben das Thema zum Wahlkampfthema 2020 zu machen, erledigt ist. Es ist ratsam, die Diskussionen und Lösungsansätze wie geplant weiterzuführen, aber nicht im Wahljahr 2020, ausser vielleicht in die GPK, damit es ganz sicher nicht ein Wahlkampfthema wird. Zu Beginn der nächsten Legislatur soll das Thema in Angriff genommen werden.

SRB: 2019-297 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Dringliche überparteiliche Interpellation SP, SVP, BDP, FDP, EVP und Grüne betreffend Kindergarten-Standort Bucherareal

Verhandlung

Stadtrat Geiser Urs, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Schulkommission die Initialzündung für die Interpellation gegeben hat. Die Schulkommission tagt erst nächste Woche wieder und wird das Papier sicher mit Interesse zur Kenntnis nehmen und hoffentlich auch diskutieren. Nach Ansicht von Stadtrat Geiser Urs gibt es einiges interessantes dazu zu sagen und zu diskutieren. Man spricht von einer einfachen lokalpolitischen Frage oder Schulraumplanungsfrage bis hin zu Grundsatzfragen unserer Risikogesellschaft. Wie gehen wir mit Risiken um und was ist verantwortlich und zumutbar? Stadtrat Geiser Urs wird eine Stellungnahme aus seiner Sicht verfassen und diese im Sinn eines Aussprachepapiers der Schulkommission zustellen.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

SRB: 2019-298 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation GLP-Fraktion betreffend Anwendung des Öffentlichkeitsprinzips für stadtnahe Unternehmen

Verhandlung

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, dankt für die Antworten und teilt mit, dass man mit der Stellungnahme teilweise befriedigt ist. Ein paar Sachen haben Freude bereitet wie zum Beispiel die Informationsveranstaltung im August. Die Zahlen der REZE und Markthalle wurden präsentiert. Es gibt jedoch ein paar Sachen, mit denen der GR noch mehr Freude bereiten kann. Grundsätzlich braucht es mehr Transparenz und nicht weniger. Wichtig sind auch die detaillierten Informationen. Die REZE sollte der Massstab sein für zukünftige Kennzahlen der Markthalle und anderen stadtnahen Firmen. Es geht nicht darum, Geschäftsgeheimnisse herauszufinden, sondern um zu wissen wohin die Steuergelder fließen. Beim Antrag der Markthalle haben wir gehört, dass die Abschreibung der Fr. 332'000.-- zukünftig übernommen werden soll. Dabei ist es wichtig zu wissen, wohin das Geld geht, wer davon profitiert und in welchem Ausmass. Solche Fragen müssen transparent gemacht werden. Vom GR werden entsprechende Antworten erwartet.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

SRB: 2019-299 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation SP-Fraktion betreffend Urban Gardening in Burgdorf

Verhandlung

Stadtrat Hauser Peter, namens der SP-Fraktion, dankt für die Antwort zur Interpellation. Die Stellungnahme ist den Erwartungen entsprechend ausgefallen. Die SP-Fraktion ist dankbar, dass die Stadt Burgdorf das Anliegen eins zu eins übernimmt und bereits eine Arbeitsgruppe zwischen Bau-, Sozial- und Bildungsdirektion besteht und das Thema aufgreift und umsetzt. Es ist richtig, dass die sozialen Aspekte einbezogen werden, da es ab und zu eine gewisse Motivation oder Animation braucht. Die Übertragung an die Quartiervereine oder zumindest das Bereitstellen der Materialien alleine genügt noch nicht.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2019-300 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es wurden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge sowie eine Parlamentserklärung eingereicht:

- Überparteilicher Auftrag BDP und GLP betreffend "Stopp dem automatischen Lohnanstieg!"
- Motion FDP/GLP/SVP-Fraktion betreffend "Einführung einer Finanzkommission"
- Interpellation GLP-Fraktion betreffend Finanzkennzahlen im Budgetierungsprozess der Stadt Burgdorf
- Parlamentserklärung GLP-Fraktion betreffend Budget 2020

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, möchte festhalten, dass sich ein Interpellant befriedigt, teilweise oder nicht befriedigt erklären muss. Man hat jedoch eine Redezeit von zwei Minuten und in dieser Zeit kann man sagen was man will. Der Kollege von Stadträtin Bannwart Gabriela wurde bereits nach 43 Sekunden massgeregelt. Die Redezeit soll eingehalten werden.


Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, informiert über die Demission von Stadträtin de Quervain Anna. Sie hat heute ihre letzte Stadtratssitzung. Es tut der Fraktion im Herzen weh und man hofft, dass es dem SR auch so geht. Die Grünen-Fraktion dankt ihr für die wunderbare Arbeit in den letzten knapp sechs Jahren. Die Grünen-Fraktion dankt Stadträtin de Quervain Anna für die geleistete Arbeit innerhalb der Partei, aber auch im SR. Stadtrat Merz Adrian überreicht ihr ein Geschenk.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, orientiert über die Demission von Stadtrat Ritter Michael. Er hat heute seine letzte Stadtratssitzung. Er ist für die GLP eine sehr wichtige Person und eine Stütze. Man hat sehr viel von ihm gelernt und profitiert. Die Diskussionen und Auseinandersetzungen in der Fraktion hat man immer sehr geschätzt. Seine Voten im SR wurden gehört. Er hatte immer ein offenes Ohr für Bürgeranliegen. Die GLP-Fraktion dankt ihm für seine Arbeit im SR. Er wird uns Richtung Emmental verlassen, weil er im Grossrat das Emmental vertritt. Stadtrat von Känel Ulrich überreicht ihm ein Geschenk und wünscht ihm alles Gute und viel Erfolg in seiner politischen Tätigkeit.

Stadratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist. Die erste Runde übernimmt Stadträtin de Quervain Anna und die zweite Runde Stadtrat Ritter Michael.

Burgdorf, 21. November 2019

Namens des Stadtrates:



Barbara Lüthi-Kohler
Stadratspräsidentin



Brigitte Henzi
Protokollführerin